Programm der niederländischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union

1. Januar – 30. Juni 2016

2016

Programm der niederländischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union

1. Januar – 30. Juni 2016

nl EU 2016

Inhalt

Einleitung 6

TEIL I Prioritäten der niederländischen Ratspräsidentschaft 8

Ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit 9
Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung 9
Solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone 10
Eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik 10
Zum Schluss 10

TEIL II Die Ratsformationen 12

Allgemeine Angelegenheiten 13
Auswärtige Angelegenheiten (einschließlich Verteidigung, Handel und Entwicklungszusammenarbeit) 13
Wirtschaft und Finanzen 15
Justiz und Inneres 17
Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz 18
Wettbewerbsfähigkeit 18
Verkehr, Telekommunikation und Energie 19
Landwirtschaft und Fischerei 20
Umwelt 21
Bildung, Jugend, Kultur und Sport 22

Einleitung

Die Europäische Union ist schweren Belastungsproben ausgesetzt. Wir erleben einen starken Zustrom von Menschen auf der Flucht vor Krieg und Unterdrückung. Die Geopolitik scheint zurückgekehrt zu sein; in der EU droht eine Fragmentierung. Auf unsere Lebensart werden Terroranschläge verübt; sie sollen Angst säen und unsere Gesellschaften gegeneinander ausspielen. Einfache, schnelle Antworten auf diese Herausforderungen gibt es nicht. Als Ratspräsidentschaft stehen die Niederlande vor der bedeutsamen Aufgabe, der EU gerade in diesen bewegten Zeiten bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen zu helfen. Dabei gilt es, wichtige, langfristige Themen im Blick zu behalten, auch wenn das aktuelle Geschehen alle Aufmerksamkeit zu fordern scheint. Eintracht und Schlagkraft auf allen Ebenen sind vonnöten. Ein wichtiges Fundament hierfür liegt in der effektiven Kombination europäischer und nationaler Maßnahmen.

Die gegenwärtigen Herausforderungen verlangen effektive Entscheidungsverfahren und breit getragene Lösungen. In vielen Fällen sind verschiedene, miteinander zusammenhängende Maßnahmen erforderlich, sowohl auf kurze als auch auf längere Sicht. Dies ist alles andere als leicht, aber wenn die EU-Mitgliedstaaten sich zusammenfinden und gemeinsam den politischen Willen aufbringen, über Teilinteressen hinauszudenken, verfügt die Union über große Schlagkraft. Das hat es nicht nur in grauer Vorzeit gegeben: auch in der jüngeren Vergangenheit haben sich die Mitgliedstaaten und Institutionen, unter dem Druck verschiedener Krisensituationen und auf unterschiedlichen Gebieten, als fähig erwiesen, notwendige Veränderungen von innen heraus in Gang zu setzen. Gemeinsam haben wir keine geringen Herausforderungen in Angriff genommen und unseren Blick verstärkt auf das Wesentliche und die Grundlagen der Union gewendet.

Die Union, in der 28 Staaten zusammengeschlossen sind, ist nicht perfekt, bietet aber wesentliche Instrumente, den aktuellen Herausforderungen die Stirn zu bieten. Vor diesem Hintergrund stehen während der niederländischen Ratspräsidentschaft **drei Leitziele** im Fokus: eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert; eine Union, die innovatives Wachstum generiert und Arbeitsplätze schafft; eine Union, die Verbindungen mit gesellschaftlichen Akteuren eingeht.

Die **Konzentration auf das Wesentliche** beinhaltet, dass sich die Europäische Union um das kümmern muss, was für ihre Bürger und Unternehmen wichtig ist. Konkret bedeutet dies: Suche nach Lösungen für die größten Herausforderungen dieser Zeit, wie in der Strategischen Agenda des Europäischen Rates dargelegt. Die Niederlande werden sich während ihrer Ratspräsidentschaft anstrengen, den Rat bei der Umsetzung dieser Agenda auf Kurs zu halten. In diesem Zusammenhang haben sie sich auf vier inhaltliche Prioritäten festgelegt, die im ersten Teil dieses Programms näher ausgeführt werden.

Nach der tiefgreifenden Wirtschaftskrise weisen zum Glück immer mehr finanzielle und wirtschaftliche Indikatoren wieder nach oben. Es ist von größter Bedeutung, diese Entwicklung zu verstetigen und den europäischen Bürgern eine Perspektive auf **ausreichende Beschäftigung und innovatives und nachhaltiges Wachstum** zu geben. Schließlich gehört der gemeinsame Einsatz für wirtschaftlichen Wohlstand zu den wichtigsten Leistungen, die die Bürger von der EU erwarten dürfen. Dieser Einsatz bildet den roten Faden sowohl bei den vier Prioritäten des Programms der niederländischen Präsidentschaft als auch bei den Prioritäten auf der Ebene der verschiedenen Ratsformationen, die im zweiten Teil dieses Programms erörtert werden.

Im Lichte der erwähnten Herausforderungen und Spannungen kommt es zu guter Letzt entscheidend darauf an, während der niederländischen Präsidentschaft **Verbindungen** herzustellen. Zuallererst Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten, denn Solidarität zwischen ihnen bildet die Grundlage für europäische Zusammenarbeit. Auch in schwierigen Situationen müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam Verantwortung übernehmen und füreinander einstehen, um miteinander stärker dazustehen. Mit Verbindungen sind aber auch die Bande zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern gemeint. In den europäischen Hauptstädten und Wohnzimmern gibt es viel Kritik an der EU, aber vielen ist auch bewusst, dass niemand in Europa die Herausforderungen alleine meistern kann. Gemeinsam sind wir in Europa stärker, und es gibt letztlich mehr, was uns verbindet, als was uns trennt. Die EU muss sowohl für die notwendige Handlungsfähigkeit als auch dafür sorgen, dass die Bürger sich in ihrer Politik wiedererkennen und diese Politik auch mittragen. Mit diesem Ziel vor Augen, werden sich die Niederlande in den kommenden sechs Monaten in den Dienst des Rates stellen.

Das vorliegende nationale Programm der niederländischen Ratspräsidentschaft wirft einen Vorausblick auf das kommende Halbjahr. Es knüpft eng an das Programm der Triopräsidentschaft an, das die Regierungschefs der Niederlande, der Slowakei und Maltas am 16. Dezember 2016 vorgestellt haben.

TEIL I
Prioritäten der niederländischen Ratspräsidentschaft

Die niederländische Ratspräsidentschaft hat die folgenden Prioritäten:

1. Ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit
2. Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung
3. Solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone
4. Eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik

Ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit

In Anbetracht der fundamentalen Veränderungen, die sich in den vergangenen fünf Jahren in unmittelbarer Nachbarschaft der EU vollzogen haben, und der jüngsten Entwicklungen, die uns alle betreffen, muss das Augenmerk verstärkt auf das Vorgehen in puncto *Migration und internationale Sicherheit* gerichtet werden. Innere und äußere Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Der gewachsene Zustrom von Menschen auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort macht überdeutlich, dass eine gemeinsame Grenz-, Asyl- und Migrationspolitik erforderlich ist. Die Migrationskrise bringt verschiedene Defizite im europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ans Licht. Hier besteht Handlungsbedarf. Es geht jetzt darum, die europäischen Außengrenzen wirksam zu überwachen, die akute Aufnahme von Flüchtlingen in Europa und in der Region zu verbessern und die Lasten fair zu verteilen. Auch die Länder des westlichen Balkans und die Türkei sind von der aktuellen Migrationskrise stark betroffen. Wir brauchen mehr regionale Zusammenarbeit mit diesen (potentiellen) Beitrittskandidaten, wenn wir dieser Herausforderung die Stirn bieten wollen.

Da innere und äußere Herausforderungen zunehmend miteinander verflochten sind, bringt Instabilität außerhalb der EU erhöhte Risiken innerhalb der EU mit sich, und darauf wird die Union eine Antwort finden müssen. Dies verlangt eine stärkere Verzahnung von Innen- und Außenpolitik und den effektiven, integrierten Einsatz des breiten europäischen Instrumentariums, sowie das aktive diplomatische Engagement der Außenbeauftragten und der Mitgliedstaaten. Konflikte und die Verletzung von Menschenrechten sind wichtige Faktoren der Instabilität und begründen langfristige Herausforderungen mit Blick auf die Sicherheit, die humanitären Verhältnisse und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Die aktuelle Migrationsproblematik ist hiervon eine Folge. Es geht dabei sowohl um die Bekämpfung der politischen und wirtschaftlichen Ursachen von Migration als auch um das Vorgehen in Sachen Schleuserkriminalität, Rückführung und Grenzkontrollen.

Bei den erhöhten Sicherheitsrisiken infolge von Instabilität außerhalb der EU geht es unter anderem um Terrorismus, Cyberkriminalität und hybride Bedrohungen. Mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kann die EU aktiv und geschlossen auf ihr Umfeld einwirken und eine Antwort auf die zunehmende Verflechtung innerer und äußerer Herausforderungen finden. Die Anschläge von Paris zeigen die Notwendigkeit einer effektiven Terrorabwehr. Dazu gehört auch die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen über den Austausch von Daten und die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsdiensten. Letztlich gilt, dass es für Stabilität außerhalb unserer europäischen Grenzen, Strenge an unseren Grenzen und Sicherheit innerhalb unserer Grenzen einer integrierten Politik bedarf, die Antworten auf Probleme innerhalb und außerhalb der EU gibt. Den Niederlanden ist sehr daran gelegen, zur zügigen Ausgestaltung und Umsetzung des von der Kommission vorgelegten Migrationspakets wie auch zum baldigen Abschluss der strategischen Revision der Außen- und Sicherheitspolitik der EU beizutragen.

Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung

Unter dem Druck der Krise ist die Rolle der EU als europäischer Innovations- und Beschäftigungsmotor aus dem Blickfeld geraten. Und das, obwohl die EU gute Karten hat, ihren Bürgern ein stabiles und innovatives soziales und wirtschaftliches Umfeld zu bieten. Der mit Abstand höchste Trumpf ist in diesem Zusammenhang der Binnenmarkt, der größte der Welt, der als treibende Kraft der europäischen Zusammenarbeit alle Mitgliedstaaten miteinander verbindet. Nun, da die europäische Wirtschaft wieder wächst, haben der Rat und seine Mitglieder, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament die große gemeinsame Verantwortung, diesen Aufwärtstrend zu verstetigen. Strukturelles, innovatives Wachstum und Beschäftigung zu generieren bleibt daher eine zweite Toppriorität in der Union.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bestehende Vereinbarungen in *allen* Mitgliedstaaten umzusetzen, innovatives Unternehmertum zu fördern, neue Dienstleistungen und Sektoren mit großem Potential zu stärken, gemeinsam in Forschung zu investieren und zukunftsfeste, ausgewogene Handelsverträge mit Drittländern abzuschließen. Die Umsetzung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt und der Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen in konkrete Vorschläge ist wichtig für die Förderung von Innovation in der gesamten europäischen Wirtschaft. Unternehmen müssen den nötigen Spielraum erhalten, Innovationen anzustoßen und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Bereich Wissen und Innovation lassen sich Synergievorteile erzielen, indem im EU-Rahmen gemeinsam in grenzüberschreitende Kooperation und Wettbewerbsfähigkeit investiert wird. Das bringt innovatives Wachstum, Arbeitsplätze und Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Für eine starke Wirtschaft ist auch ein modernes und leistungsfähiges Bildungswesen in den Mitgliedstaaten unentbehrlich, denn es trägt maßgeblich zur Entwicklung der für die Zukunft benötigten Fähigkeiten bei.

Gleichzeitig muss die Europäische Union mit voller Kraft weiter daran arbeiten, modernere und einfachere und nach Möglichkeit weniger Rechtsvorschriften zu erlassen –

Vorschriften, die Bürgern, Unternehmen und nachgeordneten Gebietskörperschaften wirklich nützen.
Unnötig komplizierte Vorschriften müssen vereinfacht, bürokratische Lasten verringert werden, und Rechtsakte müssen daraufhin geprüft werden, ob sie eventuell innovationshemmende Wirkungen entfalten. Wachstum und Beschäftigung durch Innovation heißt auch: qualitativ hochwertige Arbeitsplätze. Der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr kann nicht unabhängig von der Arbeitnehmerfreizügigkeit betrachtet werden: wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht dazu missbraucht werden, mit Scheinkonstruktionen Kostenvorteile zulasten der Arbeitnehmer zu erlangen. Ein besserer Schutz mobiler Arbeitnehmer stärkt die Grundfreiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Union.

Solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone

Die dritte Priorität der niederländischen Ratspräsidentschaft sind *solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone*. Nach der tiefen Krise hat der Aufschwung eingesetzt. Die Strukturreformen und eine gesunde Haushaltspolitik beginnen Früchte zu tragen, und viele Mitgliedstaaten finden allmählich den Weg zu wirtschaftlicher Erholung und steigender Beschäftigung. Dieses Wachstum wird durch verbesserte globale Rahmenbedingungen wie etwa den niedrigen Ölpreis unterstützt, aber auch durch die Förderung von Investitionen unter anderem über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen EFSI. Das stagnierende Wachstum in Schwellenländern stellt allerdings ein Risiko für diesen positiven Trend dar. Es verlangt fortwährende Anstrengungen, die Mitgliedstaaten auf den Pfad zu strukturellem Wirtschaftswachstum zurückzuführen und die Stabilität innerhalb der WWU zu bewahren. Darum müssen die Mitgliedstaaten der EU mit Strukturreformen und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik fortfahren. So sorgen wir für gesunde Haushalte in modernen Volkswirtschaften. Im Rahmen der WWU getroffene Vereinbarungen müssen eingehalten werden – im Interesse einer starken Eurozone für Behörden, Unternehmen und Bürger. Solide europäische Finanzen erstrecken sich auch auf den europäischen Mehrjahreshaushalt. Die Niederlande werden daher Initiativen ergreifen, um die Diskussion über einen neuen, reformierten Mehrjahreshaushalt in Gang zu bringen.

Eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik

Viertens werden die Niederlande darauf hinwirken, dass Fragen auf den Gebieten Klima, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit in engem Zusammenhang betrachtet werden. So werden wirtschaftliche Zielsetzungen und die verantwortliche Nutzung von Rohstoffen und Energieträgern in einem *zukunftsfähigen Modell nachhaltigen Wachstums* zusammengeführt. Die EU kann diesen Prozess unterstützen, indem sie innovative Sektoren fördert, die zum Wandel hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit nachhaltiger Ressourcennutzung beitragen.
Dies steht im Einklang mit dem Kommissionsvorschlag zur Kreislaufwirtschaft und mit dem Vorhaben der Kommission, einen Vorschlag für die Realisierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) innerhalb und außerhalb der Europäischen Union vorzulegen.
Die Niederlande werden sich intensiv für den weiteren Aufbau einer Europäischen Energieunion einsetzen: eine Stärkung der Energieversorgung, einen einheitlichen Energie-Binnenmarkt, eine Reduzierung der Energieabhängigkeit der EU, die Förderung von Forschung und Innovation im Bereich der erneuerbaren Energien und eine zukunftsfähige Klimapolitik. Die Vereinbarungen des Pariser Abkommens, auf das sich die 21. *Vertragsstaatenkonferenz* (COP21) der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) am 12. Dezember 2015 verständigt hat, bilden dafür einen wichtigen Rahmen.

Zum Schluss

Die jüngste Vergangenheit lehrt, dass die Union – die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten als Mitglieder des Rates – stets in der Lage gewesen sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um großen Herausforderungen entschlossen zu begegnen. Mit ihrer Erfahrung und der verbindenden Kraft eines Brückenbauers wollen die Niederlande als amtierende Ratspräsidentschaft alles daransetzen, die Europäische Union dabei auf Kurs zu halten, gerade in dieser Zeit.

Gemeinsam Kurs zu halten ist wichtig: Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Demokratie werden zu Unrecht oft als selbstverständlich betrachtet. Diese Errungenschaften verlangen jede für sich Aufmerksamkeit und Engagement, damit sie auch für die Zukunft gesichert werden können. Eine effektive Europäische Union, die sich auf wesentliche Aufgaben, auf Wachstum und Beschäftigung durch Innovation und auf die Herstellung von Verbindungen konzentriert, ist der beste Garant für die Wahrung dieser Errungenschaften auf unserem Kontinent.

TEIL II
Die Ratsformationen

Die niederländische Ratspräsidentschaft wird sich auf wesentliche Aufgaben konzentrieren, die in der Strategischen Agenda und in den politischen Leitlinien der Kommission niedergelegt sind und die auch der Ausgangspunkt für das Programm der Triopräsidentschaft waren. Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 zeugt mit 23 neuen Initiativen, 27 REFIT-Vorschlägen und 28 Rücknahmevorschlägen von einer Fokussierung auf das Wesentliche. Diese Dokumente bilden wichtige Wegweiser auf dem Weg zu einer Union, wie sie den Niederlanden vorschwebt: eine Union, die sich auf wesentliche Aufgaben konzentriert, die Wachstum und Beschäftigung durch Innovation generiert und die sich um Verbindungen zur Zivilgesellschaft bemüht. Dafür werden sich die Niederlande in verschiedenen Ratsformationen aktiv einsetzen.

Allgemeine Angelegenheiten

Die niederländische Ratspräsidentschaft wird im Rat für Allgemeine Angelegenheiten, abgesehen von den regulären Aufgaben, unter anderem weiter an der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung arbeiten und die Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) fortsetzen. Auch wird zum zweiten Mal ein Rechtsstaatsdialog stattfinden. Außerdem wird die Transparenz des Beschlussfassungsprozesses zum Thema gemacht. Soweit Fragen der Rechtsstaatlichkeit, des Europäischen Semesters und besserer Rechtsetzung erörtert werden, wird stets auch auf Aspekte eingegangen, die mit »better governance« zu tun haben.

Die Verhandlungen über die **Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung** wurden von der luxemburgischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen. Die niederländische Präsidentschaft wird die Umsetzung der darin formulierten Absprachen, darunter wichtige Bestimmungen über eine Jahresplanung, auf die Tagesordnung des Rats für Allgemeine Angelegenheiten setzen. Zu diesem Zweck müssen die entsprechenden Bestimmungen aus der Interinstitutionellen Vereinbarung ausgearbeitet und angewendet werden, sowohl innerhalb des Rates als auch in Kooperation mit der Kommission und dem Europäischen Parlament.

Die niederländische Präsidentschaft wird in einem frühen Stadium versuchen, die Diskussion über den neuen **Mehrjährigen Finanzrahmen** (MFR), in der es um die mögliche Reform des europäischen Mehrjahreshaushalts und eine effektivere Verwendung von EU-Mitteln geht, in die richtige Bahn zu lenken. Dabei wird sie den Blick auf die Zeit nach 2020 richten. Am 28. Januar 2016 organisiert die Präsidentschaft eine Konferenz, die den Startschuss zur Diskussion über den neuen MFR geben soll. Themen sind die Struktur und die Finanzierung des MFR, das gewünschte Maß an Flexibilität und der Verhandlungsprozess selbst. Auf dem informellen Treffen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten im April wird die Präsidentschaft die Diskussion auf Ministerebene fortsetzen.

Die niederländische Präsidentschaft strebt einen offenen Dialog über den **Rechtsstaat** an, der zu einer neuen Diskussionskultur beiträgt, in der es möglich wird, Verbesserungen auf diesem Gebiet in den Mitgliedstaaten zu realisieren. Während der niederländischen Präsidentschaft wird der zweite Rechtsstaatsdialog stattfinden. Ihm geht im Februar ein Seminar in Straßburg über Rechtsstaatlichkeit und aktuelle politische Fragen voraus. Wesentlicher Bestandteil eines starken Rechtsstaats ist der Schutz der **Grundrechte**, wie sie in der **Charta der Grundrechte** der EU festgeschrieben sind. Die Niederlande werden diesem Thema während ihrer Präsidentschaft mit einem Seminar über die Anwendung der Charta im Gesetzgebungsprozess und bei der politischen Entscheidungsfindung in den Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ferner wird sich die niederländische Ratspräsidentschaft für größere, aktive **Transparenz** im europäischen Beschlussfassungsprozess einsetzen, indem sie dieses Anliegen innerhalb der bestehenden Rahmen in die Praxis umsetzt und es zudem auf die Tagesordnung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten setzt.

Unter anderem im Rahmen der Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung wird die niederländische Präsidentschaft die Arbeit an der **EU-Städteagenda** fortführen; diese Anstrengungen sollen in einem Pakt von Amsterdam resultieren. Ziel der Städteagenda ist es, die EU-Politik und -Rechtsetzung besser auf die städtische Praxis abzustimmen, damit die Städte einen größeren Beitrag zum Potential für Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten können.

Im Bereich der **Kohäsionspolitik** wird die niederländische Präsidentschaft eine Reihe spezifischer Themen auf die Tagesordnung setzen: Vereinfachung, Auswertung der Ergebnisse der Partnerschaftsvereinbarungen und Operationelle Programme für den Zeitraum 2014–2020. Die Präsidentschaft wird auch der Ausarbeitung intelligenter Spezialisierungsstrategien Aufmerksamkeit widmen, die auf die Stärken und das Innovationspotential der jeweiligen Region abzielen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil einer modernen Kohäsionspolitik, die konkrete und messbare Ergebnisse anstrebt.

Auswärtige Angelegenheiten (einschließlich Verteidigung, Handel und Entwicklungszusammenarbeit)

Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat die turnusmäßig wechselnde Ratspräsidentschaft seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine unterstützende Rolle gegenüber der Außenbeauftragten, die dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten vorsitzt. Der Handelsrat bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Die Agenda des Außenrates wird in hohem Maße von der Aktualität bestimmt.

Die Anstrengungen der niederländischen Präsidentschaft werden darauf ausgerichtet sein, zu einer Welt beizutragen, die sicherer, gerechter und zukunftsfähig ist. Der strategische Kontext der EU hat sich durch die Globalisierung und die wachsende **Instabilität in den Nachbarregionen** verändert. Im Osten kennzeichnet sich diese durch geopolitische Spannungen infolge der Missachtung von Grundsätzen des Völkerrechts und der territorialen Integrität; im Süden sind Konflikte und

Menschenrechtsverletzungen wichtige Faktoren der Instabilität und verursachen Probleme in Bezug auf die Sicherheit, die humanitäre Situation und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Die aktuelle Migrationsproblematik ist davon eine Folge.

Angesichts des immer engeren Zusammenhangs von inneren und äußeren Herausforderungen bringt Instabilität außerhalb der EU erhöhte Sicherheitsrisiken innerhalb der EU mit sich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer engeren **Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik** und eines effektiven, integrierten Einsatzes des breiten europäischen Instrumentariums wie auch aktiver diplomatischer Bemühungen der Außenbeauftragten und der Mitgliedstaaten.

Der niederländischen Präsidentschaft ist besonders an einer Verstärkung der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** (**GASP**), einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), gelegen. Die EU hat ein starkes Interesse an einem effektiven gemeinsamen auswärtigen Handeln und einer GASP, die uns in die Lage versetzt, den großen aktuellen Sicherheitsfragen wirksam zu begegnen. Die Niederlande plädieren für einen **integrierten Ansatz**, unter anderem bei der Bewältigung komplexer Fragen wie der Migrationsproblematik, der Bekämpfung des Terrorismus und der Cybersicherheit. Die Niederlande werden sich in diesem Zusammenhang auch für die Verbesserung der Arbeitsweise der europäischen Institutionen im Hinblick auf die Außenpolitik einsetzen. Die Förderung der **Menschenrechte** weltweit ist eine weitere Priorität der niederländischen Ratspräsidentschaft.

Die niederländischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Außenpolitik der EU sollen zum Zustandekommen einer neuen **Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik** beitragen, die voraussichtlich im Juni 2016 dem Europäischen Rat vorgelegt werden wird.

Verteidigung

Die Strategische Agenda des Europäischen Rates setzt auf zweckmäßiges gemeinsames Handeln in der Welt. Eine stärkere Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) liegt im Interesse sowohl der EU und der NATO als auch der einzelnen Mitgliedstaaten.
Die niederländische Präsidentschaft wird sich daher auf die feste Verankerung der Themen Sicherheit und Verteidigung in der neuen Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik, die **Stärkung der GSVP** und die Zukunft der europäischen Verteidigungszusammenarbeit konzentrieren. Die Niederlande streben an, dass die Außenbeauftragte nach der Verabschiedung der neuen Strategie im Juni 2016 die Strategie in konkrete Ziele und hinreichende zivile und militärische Fähigkeiten in Form eines europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsrahmens umsetzt. Die niederländische Präsidentschaft will die verschiedenen Bottum-up-Initiativen bezüglich der europäischen Verteidigungszusammenarbeit und die top-down angelegte EU-Sicherheitspolitik näher zusammenbringen und wird in diesem Zusammenhang das Anliegen auf die Tagesordnung setzen, die europäische Verteidigungszusammenarbeit weniger unverbindlich zu machen. Schließlich und endlich wird die niederländische Präsidentschaft auf eine schnellere (politische) Beschlussfassung hinwirken.

Die niederländische Ratspräsidentschaft sieht die Stärkung des **europäischen Verteidigungsmarkts und der europäischen Verteidigungsindustrie** positiv. Ein offener, transparenter und gut funktionierender Verteidigungsmarkt, einschließlich des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen, und eine wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie sind wichtige Voraussetzungen für die Stärkung der GSVP. Die Niederlande werden während ihrer Präsidentschaft die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) im Bereich Forschung und Technologie unterstützen, soweit es um vorbereitende Maßnahmen für verteidigungsbezogene Forschung geht, die neue Chancen bieten.

Handel

Während der niederländischen Ratspräsidentschaft wird die europäische Handelsagenda geprägt sein von den Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen unter anderem mit den USA (TTIP), dem Follow-up der 10. Ministerkonferenz der WTO und den Verordnungen über Konfliktmineralien und Folterwerkzeuge.
Die Präsidentschaft wird durch den Handelsrat die Kommission bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen unterstützen und konstruktiv mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um zu einem Abschluss der laufenden Rechtsetzungsverfahren zu kommen.

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (**Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP**) stehen in der EU im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Angesichts des Bestrebens des Europäischen Rates, die Verhandlungen zügig abzuschließen, wird sich die niederländische Ratspräsidentschaft darum bemühen, die Verhandlungen effizient voranzubringen; sie wird dabei die gesellschaftliche Debatte im Auge behalten. Möglicherweise werden in der Zeit der niederländischen Präsidentschaft die letzten offenen Punkte des Freihandelsabkommens zwischen der EU und **Japan** geklärt, die Verhandlungen mit **Australien** und **Neuseeland** aufgenommen und der Kommission ein Mandat erteilt, das bestehende Freihandelsabkommen mit **Mexiko** zu modernisieren. Voraussichtlich wird die

Europäische Kommission während der niederländischen Ratspräsidentschaft einen Vorschlag vorlegen, **China** – eventuell unter bestimmten Bedingungen – den Marktwirtschaftsstatus zuzuerkennen.

Im Dezember 2015 fand die 10. Ministerkonferenz der **WTO** statt. Unter der Präsidentschaft der Niederlande wird die EU mit der präzisen Umsetzung der dort getroffenen Vereinbarungen beginnen. Darüber hinaus wollen die Niederlande die Post-Nairobi-Diskussion über die Zukunft und die Rolle der WTO im multilateralen Handelssystem vorantreiben.

Bei den Rechtsetzungsvorhaben werden sich die Niederlande dafür einsetzen, eine Ratsposition zum Vorschlag der Kommission zu formulieren, den verantwortungsvollen Handel mit **Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten** zu fördern (Konfliktmineralienverordnung). Anschließend werden die Niederlande den Trilog mit dem Europäischen Parlament und der Kommission in Gang setzen. Am Ende der luxemburgischen Ratspräsidentschaft wurde der Trilog über die Revision der **Anti-Folter-Verordnung** gestartet.
Diese Verordnung regelt die Kontrolle des Handels mit Gütern, die zu Folter oder zur Vollstreckung der Todesstrafe verwendet werden können. Die Niederlande sind bestrebt, diesen Trilog zu einem Abschluss zu bringen.

Entwicklungszusammenarbeit
Auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit wird sich die niederländische Präsidentschaft mit der Migrationskrise befassen, wobei hier auch die Vorbereitung des Humanitären Weltgipfels in Istanbul am 23. und 24. Mai 2016 eine wichtige Rolle spielen kann, mit der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und mit den Vorbereitungen für die formelle Aufnahme der Verhandlungen über die Zukunft der Beziehungen mit den sogenannten AKP-Ländern. Schließlich wird während der niederländischen Ratspräsidentschaft der Anstoß zu weiterer Politikentwicklung auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit der Agenda für »Hilfe und Handel« gegeben.

Die **Migrationskrise** erfordert ein koordiniertes Vorgehen in verschiedenen Politikbereichen sowie den integrierten Einsatz von EU-Instrumenten. Hierfür sind Partnerschaften mit Drittländern von essentieller Bedeutung.
Die Niederlande werden sich dafür starkmachen, dass den externen Aspekten der Migration, darunter die Aufnahme von Flüchtlingen in der Region, die Bekämpfung der Fluchtursachen und die humanitäre Hilfe, weiterhin die nötige Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auch in diesem Rahmen wollen sie sich für eine kräftige europäische Stimme auf dem Humanitären Weltgipfel einsetzen.

Die **Ziele für nachhaltige Entwicklung** bilden die internationale Agenda für Armutsbekämpfung und globale Entwicklung bis 2030. Die niederländische Ratspräsidentschaft wird sich unter anderem für ein nachdrückliches Monitoring und eine frühzeitige Verankerung der Agenda 2030 in der Innen- und Außenpolitik der EU einsetzen.
Das Auslaufen des Abkommens von Cotonou im Jahr 2020 ist ein natürlicher Moment für die EU und die **AKP-Länder** (79 Länder in Afrika, der Karibik und dem Pazifik), die gegenseitigen Beziehungen auf den Prüfstand zu stellen. Die Vorbereitungen für den formellen Start der Verhandlungen, die spätestens 2018 beginnen sollen, sind in vollem Gange. Die Präsidentschaft wird eine offene, informierte Diskussion fördern und einen Beitrag zu einer soliden internen Evaluierung des »Acquis von Cotonou« leisten, und sie wird für die rechtzeitige Einbeziehung der AKP-Länder in die Diskussion sorgen.

Schließlich wird die niederländische Ratspräsidentschaft Anstrengungen unternehmen, um der **Synergie zwischen Hilfe und Handel** auf europäischer Ebene näher Gestalt zu verleihen. Mit ihrem breitgefächerten Instrumentarium, etwa der Handelspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit, kann die EU als Akteur von Gewicht auf der Weltbühne große Wirkungsmacht entfalten.
Aus diesem Grund finden der informelle Handelsrat und der informelle Entwicklungsrat direkt hintereinander statt, mit einem gemeinsamen Teil für die Handels- und Entwicklungsminister.
Hier sollen die Themen **internationale Unternehmensverantwortung** und Nachhaltigkeit in globalen Wertschöpfungsketten besprochen werden. Die Ende 2015 von den Niederlanden organisierte Konferenz wird wertvolle Anstöße zur Diskussion hierüber liefern.

Wirtschaft und Finanzen

Das Arbeiten an optimalen Rahmenbedingungen für strukturelles Wirtschaftswachstum und Wohlstand in der Union sowie an einer robusten Eurozone ist auch während der niederländischen Ratspräsidentschaft von wesentlicher Bedeutung. Die Wirtschafts- und Währungsunion befindet sich in einer grundlegend besseren Verfassung als vor der Krise, aber eine weitere Verstärkung ist wünschenswert und möglich. Die niederländische Ratspräsidentschaft konzentriert sich dabei auf die optimale Nutzung des aktuellen WWU-Rahmens, wobei Reformen, Haushaltskonsolidierung und Vertiefung des Binnenmarkts im Mittelpunkt stehen. Der Bericht der fünf Präsidenten bietet Handreichungen für die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die niederländische Ratspräsidentschaft strebt, wie es auch die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, eine weitere Stärkung und Vereinheitlichung des **Europäischen Semesters** an. Sie wird die Leistungen der Mitgliedstaaten und die Umsetzung der Empfehlungen auf die Tagesordnung setzen. Dabei wird ausdrücklich Gelegenheit bestehen, Erfahrungen mit Erfolgsmodellen auszutauschen. Diese Initiative kann einen Beitrag zu einem verbesserten Europäischen Semester leisten, und sie ergänzt die Umsetzung länderspezifischer Empfehlungen sowie die Förderung von Strukturreformen und einer besseren Verwaltung in den Mitgliedstaaten. Die niederländische Ratspräsidentschaft hat sich vorgenommen, die bestehende Praxis in Bezug auf die Nutzung der Empfehlungen für die Eurozone weiter auszubauen. Wenn die Ergebnisse dieser Diskussionen in den nationalen Teil des Semesters einfließen, können Herausforderungen für die gesamte Eurozone in der nationalen Politik besser zum Ausdruck kommen.

Im Bericht der fünf Präsidenten geht es auch um die Verstärkung der **Außenvertretung der WWU** im Internationalen Währungsfonds. Während der niederländischen Ratspräsidentschaft wird diese Diskussion fortgesetzt, unter besonderer Berücksichtigung der Vorteile einer intensiveren Koordinierung zwischen den Mitgliedern der Eurozone und der Bedeutung der Beibehaltung der Zusammenarbeit mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Die Kommission hat auch eine Empfehlung für eine Ratsempfehlung zur Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte vorgelegt. Der Rat wird sich während der niederländischen Präsidentschaft mit dieser Empfehlung befassen. Darüber hinaus wird die Präsidentschaft sich der Verbesserung der Wirkungsweise des Stabilitäts- und Wachstumspakts widmen; sie unterstützt Schritte, die auf mehr Transparenz und auf eine Vereinfachung des Pakts abzielen. Die Kommission wird im nächsten Jahr eine breitangelegte Konsultationsrunde starten, und Mitte 2016 wird eine Sachverständigengruppe eingerichtet, die die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die langfristigen Vorschläge aus dem Bericht der fünf Präsidenten ermitteln soll.

Im Rahmen der Vollendung der **Bankenunion** hat die Europäische Kommission im Herbst 2015 einen Vorschlag für ein europäisches Einlagensicherungssystem vorgelegt sowie eine Mitteilung über zur Vollendung der Bankenunion zusätzlich erforderliche Maßnahmen. Die niederländische Präsidentschaft wird diesen Vorschlag auf die Tagesordnung des Rates setzen und die weitere Ausarbeitung der zusätzlich erforderlichen Maßnahmen vorantreiben.

Die Kommission hat am 30. September 2015 auch ihren Aktionsplan für eine **Kapitalmarktunion** präsentiert. Die Kapitalmarktunion ist eine Ergänzung der dritten Säule des EU-Investitionsplans und soll einen Impuls für das Funktionieren der europäischen Kapitalmärkte zugunsten der Realwirtschaft bewirken. Als Teil dieses Aktionsplans sind zwei Verordnungen zu Verbriefungen vorgelegt worden, die die niederländische Ratspräsidentschaft möglicherweise abschließend behandeln kann. Auch ist Ende 2015 der Vorschlag zur Überarbeitung der Prospektrichtlinie vorgelegt worden.

Auch andere wichtige Themen werden in der Zeit der niederländischen Ratspräsidentschaft behandelt werden. Über den Vorschlag der Kommission zur **Reformierung der EU-Bankenstruktur**, der einen Beitrag zur Verringerung der »Too big to fail«-Problematik bei Banken leisten soll und auch die Frage aufgreift, inwieweit Großbanken eine Trennung hochrisikanter Handelsgeschäfte von ihrem regulären Privatkundengeschäft (Kreditvergabe) vornehmen müssen, ist bereits eine Einigung im Rat erzielt worden. Deshalb werden Trilog-Verhandlungen aufgenommen, sobald das Europäische Parlament seine Position bestimmt hat. Außerdem wird die Europäische Kommission wahrscheinlich Anfang 2016 einen Legislativvorschlag für einen Rahmen zur Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien veröffentlichen. Im Verlauf der niederländischen Ratspräsidentschaft wird voraussichtlich auch die Überarbeitung der EU-Richtlinie zu Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung beginnen.

Steuern

Am 17. Juni 2015 legte die Kommission einen Aktionsplan für eine Reform der **Unternehmensbesteuerung** in der EU vor. Er enthält eine Reihe von Initiativen, um missbräuchlicher Steuergestaltung entgegenzuwirken, nachhaltige Einnahmen zu gewährleisten und das Geschäftsumfeld im Binnenmarkt zu verbessern. Der Kampf gegen Steuerbetrug und missbräuchliche Steuergestaltung ist ein Kernanliegen der niederländischen Ratspräsidentschaft; es geht dabei unter anderem um mehr Transparenz beim Vorgehen gegen missbräuchliche Steuergestaltung von Unternehmen auf der Grundlage der Vereinbarungen, die im Oktober 2015 im OECD-Rahmen innerhalb des BEPS-Projekts getroffen worden sind. Während der niederländischen Ratspräsidentschaft wird die Kommission einen Vorschlag zur Umsetzung dieser Vereinbarungen in europäische Rechtsvorschriften präsentieren. Außerdem werden unter der niederländischen Ratspräsidentschaft die Gespräche über die Aufnahme einer Bestimmung über ein tatsächliches Mindestbesteuerungsniveau in die Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren fortgesetzt.

Die Kommission legt im ersten Halbjahr 2016 einen **Aktionsplan für ein effektiveres Mehrwertsteuersystem** vor, in dem es unter anderem um die Mehrwertsteuer bei grenzüberschreitenden Transaktionen innerhalb der EU geht. Auch wird für 2016 im Rahmen des digitalen Binnenmarkts ein Aktionsplan für effiziente und missbrauchssichere **Mehrwertsteuerregelungen** erwartet, der unter anderem Vorschläge für Mehrwertsteuersätze und für den Onlinehandel enthalten wird. Je nachdem, wann diese Vorschläge jeweils veröffentlicht werden, wird die Ratspräsidentschaft sie aufgreifen.

Möglicherweise kommt während der niederländischen Ratspräsidentschaft die **Finanztransaktionssteuer** erneut auf die Tagesordnung, nämlich dann, wenn die Gruppe der Mitgliedstaaten, die sich für eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet entschieden haben, einen Richtlinienentwurf vorlegen sollte.

Europäischer Haushalt

Die niederländische Präsidentschaft wird im Rat die **Haushaltssystematik** und die Notwendigkeit von mehr Transparenz, Berechenbarkeit und Konsistenz zum Thema machen. In erster Linie geht es dabei um die Suche nach praktischen Lösungen, die sich im Rahmen der bestehenden Rechtsvorschriften verwirklichen lassen.
Die Präsidentschaft plädiert für einen klaren europäischen Haushaltskalender, nach dem zu vorgegebenen Zeiten im Jahr vorgegebene Schritte vollzogen werden.

Justiz und Inneres

Ein Europa ohne Binnengrenzen braucht gemeinsame Lösungen in den Bereichen Justiz, Sicherheit, Asyl und Migration. Die gegenwärtige europäische Migrationsproblematik trifft alle Mitgliedstaaten und erfordert eine Lösung, die Ausdruck europäischer Tatkraft ist. Die Bedrohung durch terroristische Anschläge gebietet eine noch bessere Zusammenarbeit, wenn es um Sicherheit und Ermittlungen geht. Die Niederlande werden sich als Ratspräsidentschaft für ein gemeinsames europäisches Konzept einsetzen.

Die Ratspräsidentschaft wird sich dafür starkmachen, dass in Bezug auf die im Mai dieses Jahres verabschiedete **Europäische Migrationsagenda** sowie die ergänzenden Vorschläge, wie sie die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2016 angekündigt hat, Fortschritte erzielt und dass die damit verbundenen Maßnahmen umgesetzt werden. Sie will bei der Erstaufnahme der Asylbewerber und bei der Bearbeitung der Asylanträge eine faire Verteilung erreichen und bei der weiteren Verbesserung der Sicherung der europäischen Außengrenzen vorankommen. Mittelfristig müssen die Perspektiven in der Region der ersten Aufnahme verbessert werden, um das Interesse am Modell der gefahrvollen Weiterreise zu verringern. Die Präsidentschaft strebt an, den diversen Herausforderungen auf diesem Gebiet mit einem integrierten europäischen Vorgehen zu begegnen; dazu zählen auch die rasche Umsetzung der kürzlich gefassten Beschlüsse im Hinblick auf die Verteilung der 160 000 Asylsuchenden, funktionierende Hotspots und die Förderung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Auch die vorgelegten Legislativvorschläge für einen Verteilungsmechanismus und die europäische Liste der sicheren Herkunftsländer werden während der niederländischen Ratspräsidentschaft eine prominente Rolle spielen.

Im Bereich der Außendimension sind in den vergangenen Monaten ebenfalls Maßnahmen vereinbart worden, darunter der Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten und der Aktionsplan zur Rückführung.
Die Niederlande werden sich als Ratspräsidentschaft mit dem **Paket zum Grenzmanagement** befassen, das unter anderem eine Stärkung des Frontex-Mandats enthält.
Der Europäische Rat vom Dezember 2015 hat den Rat dazu aufgerufen, unter niederländischem Vorsitz seinen Standpunkt zu diesem wichtigen Thema festzulegen.
Darüber hinaus hat die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm Maßnahmen zur besseren Steuerung der Migration angekündigt, die auf die Verteilung, die Neufassung des Dublin-Systems und die reguläre Migration ausgerichtet sein werden.

In Reaktion auf die aktuelle komplexe Sicherheitslage und im Rahmen der Terrorbekämpfung ist auch die Umsetzung der im Juni 2015 verabschiedeten **Europäischen Sicherheitsstrategie** für den Zeitraum 2015–2020 von Bedeutung, aber auch die Umsetzung des Maßnahmenpakets, das nach den Anschlägen von Paris im Januar 2015 verabschiedet wurde. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von Cyberkriminalität und Cybersicherheit, Terrorismus und organisierter Kriminalität, darunter Menschenhandel, bedarf es einer auf europäischer Ebene abgestimmten Reaktion.
Das gilt gleichermaßen für vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung der Radikalisierung. Die niederländische Ratspräsidentschaft setzt sich gezielt für eine effektive operative Zusammenarbeit und eine weitere Verbesserung des Informationsaustauschs auf der Grundlage der bestehenden Instrumente und unter Beachtung der Vorschriften zum Datenschutz ein. Sie wird sich dafür starkmachen, dass beim Verfahren zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie 2016 Fortschritte erzielt werden. Auch wird sie den Vorschlag zur Änderung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung, bessere Vorschriften im Hinblick auf Schusswaffen und den Vorschlag für eine Ausweitung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) auf Bürger aus Nicht-EU-Staaten aufgreifen und bearbeiten. Ziel der

niederländischen Ratspräsidentschaft ist es, insbesondere die Instrumente zur Verbesserung des Kampfes gegen den Terrorismus – angesichts der großen Bedeutung, die dieser Aufgabe beigemessen wird – möglichst rasch zu schaffen.

Und schließlich wird die niederländische Ratspräsidentschaft einige laufende Rechtsetzungsverfahren und Angelegenheiten aufgreifen, die im Rat und im Trilog verhandelt werden. Dabei geht es beispielsweise um Themen wie Vertragsrecht, Prozesskostenhilfe und den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz setzt die niederländische Präsidentschaft einen Schwerpunkt bei der Förderung gleicher Wettbewerbsbedingungen. Außerdem ist ihr sehr am **Paket zur Mobilität von Arbeitskräften** gelegen, das die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm angekündigt hat. Laut Kommission wird dieses Paket außer einer Mitteilung zur Arbeitskräftemobilität einen Vorschlag zu einer gezielten Überarbeitung der Entsenderichtlinie und eine Revision der Vorschriften zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme umfassen. Mit dieser Revision soll im Zuge einer besseren Rechtsdurchsetzung der Missbrauch bekämpft werden.

Die niederländische Ratspräsidentschaft setzt sich dafür ein, Arbeitnehmer vor einer größeren Zahl krebserregender Stoffe zu schützen, als dies bisher der Fall ist. Dazu muss die **Karzinogen-Richtlinie** überarbeitet werden.

Außerdem wird sich die Präsidentschaft dafür starkmachen, den Wissensaustausch zwischen Mitgliedstaaten im Bereich der **Armutsbekämpfung** zu fördern.

Neben diesen Schwerpunktthemen wird sich die niederländische Ratspräsidentschaft auch solcher Themen annehmen, die bereits auf der Tagesordnung stehen oder demnächst aktuell werden. Dabei geht es etwa um Gendergleichheit, wirtschaftliche Selbständigkeit, das Semester, den Rechtsakt zur Barrierefreiheit, die Säule sozialer Rechte oder die Richtlinie zur Gleichbehandlung außerhalb des Beschäftigungsbereichs. Auch befasst sich dieser Rat mit der europäischen **Agenda für neue Kompetenzen**.

Im Bereich Gesundheit spielt die EU eine wichtige Rolle im Hinblick auf den **Marktzugang von Arzneimitteln und Medizinprodukten**. Die niederländische Ratspräsidentschaft wird die Frage zur Debatte stellen, wie den Patienten innovative Mittel und Produkte schneller zu einem akzeptablen Preis zugänglich gemacht werden können. Außerdem wird sie auf eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostik hinarbeiten.
Die Niederlande drängen beim Thema antimikrobielle Resistenzen auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und den Landwirtschaftsministern; deshalb werden sie dieses Thema während ihrer Ratspräsidentschaft auf die Tagesordnung setzen.
Den Niederlanden ist es wichtig, dass der Zugang zu innovativen und bezahlbaren Arzneimitteln gesichert bleibt. Darum setzen sie sich als Ratspräsidentschaft dafür ein, dass die Mitgliedstaaten ihre freiwillige Zusammenarbeit in Sachen Arzneimittelpreise verstärken und flexible Formen des Marktzugangs sondieren, die den Zugang der Patienten zu neuen, vielversprechenden Arzneimitteln verbessern.

Die Formulierung von Kriterien für die Bestimmung von Wirkstoffen als **endokrine Disruptoren** ist nicht im vorgesehenen Zeitrahmen abgeschlossen worden.
Die niederländische Ratspräsidentschaft findet es wichtig, dass die Risiken dieser Wirkstoffe für Mensch, Tier und Umwelt benannt werden, und sie setzt sich dafür ein, dass es zu keiner weiteren Verzögerung kommt.

Mit der Organisation einer Konferenz und der Erörterung des Themas **bessere Nahrungsmittel** auf einem informellen Rat strebt die niederländische Ratspräsidentschaft ein verstärktes gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene an. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Erzeuger von Nahrungsmitteln sind erwünscht, weil sie gesunde Innovationen fördern und letztlich dem Verbraucher die Entscheidung für gesunde Nahrungsmittel erleichtern.

Wettbewerbsfähigkeit

Binnenmarkt

Die wirtschaftlichen Vorteile eines besser funktionierenden Binnenmarkts können sich auf über 651 Milliarden Euro pro Jahr bzw. 5 % des europäischen BIP belaufen. Damit ist der Binnenmarkt das wertvollste Gut der EU und eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung der europäischen Wirtschaft.

Die niederländische Ratspräsidentschaft begrüßt die am 28. Oktober 2015 vorgelegte **Binnenmarktstrategie** für Waren und Dienstleistungen; sie beinhaltet eine umfassende Strategie für den Binnenmarkt, thematisiert die bessere Implementierung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften (insbesondere der Dienstleistungsrichtlinie), setzt einen klaren Fokus auf Dienstleistungssektoren mit großem wirtschaftlichem Potential (etwa die Baubranche, den Bereich Dienstleistungen für

Unternehmen und den Einzelhandel) und betont die Stärkung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung insbesondere in den genannten Dienstleistungssektoren. Bei der Stärkung des Binnenmarktes setzt sich die Ratspräsidentschaft für Maßnahmen ein, die auf die Ausräumung der auf dem Dienstleistungsmarkt noch bestehenden Hindernisse abzielen. Dazu gehören auch eine ehrgeizigere Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und das Follow-up zu den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters in Bezug auf den Binnenmarkt. Die niederländische Ratspräsidentschaft ist bestrebt, die Strategie im Rat zu erörtern, um von hier aus die politische Steuerung der Konkretisierung der wichtigsten angekündigten Initiativen vorzunehmen und dem Europäischen Rat zuzuarbeiten.

Für die Europäische Union sind die Stärkung des Vertrauens in die digitale Wirtschaft und die Förderung von Innovationen in allen wirtschaftlichen Bereichen von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, ein gesundes wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Vor diesem Hintergrund begrüßen die Niederlande die Umsetzung der im Mai 2015 vorgelegten **Strategie für einen digitalen Binnenmarkt** in konkrete Vorschläge, die es Unternehmen und Bürgern ermöglichen wird, die digitalen Entwicklungen optimal zu nutzen. Hier geht es um wichtige Themen – unter anderem den grenzüberschreitenden Internethandel, die Modernisierung des Urheberrechts, die Vereinfachung der Mehrwertsteuer, die Reformierung des Rechtsrahmens für Telekommunikation und die Förderung des freien Datenverkehrs.

REFIT, das Programm der Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, ist Teil der Agenda für bessere Rechtsetzung. Im kommenden Jahr will die Kommission eine ganze Reihe bestehender Rechtsvorschriften genauer unter die Lupe nehmen. Die niederländische Ratspräsidentschaft begrüßt es, dass sich die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm der **besseren Rechtsetzung** annimmt. Diesem Thema muss fortwährend Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Zuge ihrer Ratspräsidentschaft werden die Niederlande es daher auf die Tagesordnung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit setzen, wobei ihr besonderes Augenmerk den sektorspezifischen Abbauzielen und der Bedeutung von zukunftssicheren europäischen Rechtsvorschriften gilt.

Forschung

Im Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Fachrat Forschung) rückt die niederländische Ratspräsidentschaft das Ziel in den Mittelpunkt, Europa innovativer zu machen. Damit knüpft sie auch an die Agenda der Kommission für eine Union der Beschäftigung, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit an. Der Schwerpunkt des informellen Ministertreffens wird auf den Rahmenbedingungen für **Forschung und Innovation** sowie auf der Bedeutung von Investitionen in diesem Bereich liegen.

Die Ergebnisse der Evaluierung des **Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung** (RP7) bieten dem Rat die Möglichkeit, die positiven Auswirkungen von zukunftsgerichteten Investitionen zu betonen. Es gilt, Rechtsvorschriften forschungs- und innovationsfreundlich zu gestalten, damit ein optimales Forschungs- und Wirtschaftsklima in Europa gewährleistet werden kann. Das steht auch im Einklang mit dem Ziel, das die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2016 formuliert: die Verbesserung des Investitions- und Innovationsklimas in Europa und die Vereinfachung des Zugangs zu den europäischen Forschungsressourcen im Rahmen von Horizont 2020. Die Auswirkungen von Investitionen in den Bereichen Wissenschaft und Gesellschaft lassen sich durch eine bessere Verbreitung und Erschließung wissenschaftlicher Erkenntnisse (»Open Science« und »Open Access«) erhöhen, wobei Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln erzielt wurden, auch öffentlich zugänglich sind.

Raumfahrt

Die Kommission stellt in ihrem Arbeitsprogramm fest, dass sie sich für eine »Weltraumstrategie für Europa« starkmachen will. Als Ratspräsidentschaft wollen die Niederlande hier erste Schritte unternehmen, indem sie das Thema **Raumfahrt** auf die Tagesordnung des Rates setzen. Dabei könnte auch die bessere Nutzung von Satellitendaten (»uptake space data«) erörtert werden.

Verkehr, Telekommunikation und Energie

2015 stellte die Europäische Kommission eine Rahmenstrategie für eine Europäische Energieunion vor. Ziel dieser Strategie waren eine kostengünstigere Energieversorgung, die Verringerung der Energieabhängigkeit der EU und die Ausarbeitung einer zukunftsfähigen Klimapolitik. Zur Umsetzung der **Strategie zur EU-Energieunion** legte die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie zur Energieetikettierung vor. In der kommenden Zeit wird die Strategie voraussichtlich weiter konkretisiert. So werden nächstes Jahr wichtige Vorschläge für die Umstrukturierung des Elektrizitätsmarkts vorgelegt, die zu einem flexibleren Energiesystem, einer besseren Koordinierung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Liefersicherheit, einer stärkeren Integration erneuerbarer Energien in den Markt und einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit führen sollen. Außerdem wird die Kommission Vorschläge vorlegen, die die Versorgungssicherheit in Europa gewährleisten sollen. Die niederländische Präsidentschaft wird sich dafür einsetzen, dass in diesen Bereichen konkrete Fortschritte

erzielt werden, wobei der besondere Fokus auf einer neuen Architektur für den Strommarkt und auf der regionalen Zusammenarbeit liegt – zwei Grundpfeilern der Europäischen Energieunion.

Die Verkehrsagenda konzentriert sich auf den Beitrag des Transport-, Logistik- und Mobilitätssektors zur Agenda der Europäischen Kommission zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen. Die Priorität der niederländischen Präsidentschaft liegt bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors. Hierzu wird auf gut funktionierende Märkte, Innovationen, Infrastrukturinvestitionen und intelligente Regulierung hingewirkt. Während der niederländischen Präsidentschaft können die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Vorschläge der Marktsäule des **Vierten Eisenbahnpakets**, die Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für **Hafendienste** und für die finanzielle Transparenz der Häfen und die Richtlinie zu den technischen Anforderungen für Binnenschiffe voraussichtlich abgeschlossen werden.

Aus dem am 7. Dezember 2015 vorgelegten **Luftfahrtpaket** wird die niederländische Ratspräsidentschaft auf dem europäischen Luftverkehrsgipfel am 20. und 21. Januar 2016 die Mitteilung zur Luftfahrtstrategie auf die Tagesordnung setzen. Das Paket umfasst auch Vorschläge zur Reform der EASA-Verordnung, Vorschriften für Drohnen und Mandate für Luftverkehrsverhandlungen, unter anderem mit sechs Golfstaaten, der Türkei und den ASEAN-Staaten. Diese Vorschläge werden im formellen Rat erörtert. Und schließlich wird die Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vorbereitet, die im September/Oktober 2016 über ein weltweites Emissionshandelssystem für die Luftfahrt beraten wird. Ferner werden die Niederlande die erwarteten Vorschläge zu den Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt sowie ein Paket mit Rechtsvorschriften zur Sicherheit von Fahrgastschiffen, das im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) auf den Weg gebracht wird, behandeln.

Die Sitzung der Verkehrsminister im Rahmen des kombinierten Rates der Umwelt- und Verkehrsminister am 14. und 15. April 2016 steht im Zeichen der **Smart Mobility** (kooperatives und automatisiertes Fahren).
Die Niederlande vertreten die Auffassung, dass für verschiedene Fragen, beispielsweise auf dem Gebiet der Haftpflicht und der Sicherheit, auf internationaler Ebene Antworten gefunden werden müssen. So setzen sie sich beispielsweise dafür ein, dass die europäische Harmonisierung im Bereich der selbstfahrenden Fahrzeuge weiter vorangetrieben wird. Durch eine Zusammenarbeit in diesem frühen Entwicklungsstadium kann verhindert werden, dass in der EU ein Flickenteppich von Regelungen und Vorschriften entsteht.

Wichtigster Tagesordnungspunkt im Telekommunikationsrat ist ebenfalls der digitale Binnenmarkt, wobei die Priorität der Reform des Regelungsrahmens für Telekommunikationsunternehmen gilt. Die Modernisierung der Rechtsgrundlage bietet die Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen im **Telekommunikationssektor** zu stärken. Weitere wichtige Themen sind die Internet-Governance, die Reform des Großhandelsmarkts für Roaming und die Nutzung des 700-MHz-Frequenzbands.

Die niederländische Ratspräsidentschaft wird darauf hinwirken, dass die Verhandlungen über eine Richtlinie zur **Netz- und Informationssicherheit** abgeschlossen werden können, so dass deren Umsetzung in die Wege geleitet werden kann. Auch die Verhandlungen zur Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen sollen vorangetrieben werden; der in der Strategie für den digitalen Binnenmarkt angekündigte E-Government-Aktionsplan wird mit großem Interesse erwartet.

Landwirtschaft und Fischerei

Die Landwirtschaft und die Fischerei spielen für die europäische Wirtschaft und die weltweite Ernährungssicherheit eine entscheidende Rolle.
Die Ernährung von mindestens 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 stellt eine globale Herausforderung dar. Eine klimagerechte Landwirtschaft und die **Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung** in allen Gliedern der Produktionskette inner- wie auch außerhalb Europas bieten Lösungswege.

Die niederländische Ratspräsidentschaft wird einen Erfahrungsaustausch zur reformierten **Gemeinsamen Agrarpolitik** mit Blick auf die Zeit nach 2020 organisieren. Darüber hinaus wollen die Niederlande die Europäische Kommission dazu anspornen, kurzfristig die Vereinfachung der GAP voranzubringen, um unnötigen Verwaltungsaufwand für Agrarunternehmer zu bekämpfen.
Die Marktlage in verschiedenen Agrarsektoren – etwa der Milchviehwirtschaft oder der Schweinezucht –bietet aktuell Grund zur Sorge. Auch hier wird man die Entwicklung im Blick behalten.

Die Ratspräsidentschaft wird außerdem den Kampf gegen **antimikrobielle Resistenzen** in den Fokus rücken.
Hier bedarf es eines Eine-Gesundheit-Konzepts: mehr Kooperation zwischen den Gesundheits- und Agrarministern. In diesem Zusammenhang organisiert die niederländische Ratspräsidentschaft eine Ministerkonferenz.

Außerdem werden die Niederlande die Aufmerksamkeit auf das bestehende Ungleichgewicht zwischen dem **Patent- und dem Sortenschutzrecht** lenken, das den freien Zugang zu genetischen Ressourcen behindert, die für die Pflanzenzüchtung von Bedeutung sind.

Bei den Rechtsetzungsvorhaben im Fischereibereich will die niederländische Ratspräsidentschaft mehr Nachhaltigkeit erreichen, wie es im Rahmen der reformierten **Gemeinsamen Fischereipolitik** vereinbart wurde. Schwerpunkte sind hierbei die Festlegung von Vereinbarungen mit Blick auf die mehrjährige nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen und die weiteren Anstrengungen zur Einführung der Anlandepflicht zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung.
Auch hier gibt es eine europäische wie auch eine globale Perspektive – saubere Meere sind für die weltweite Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung.
Im Zuge ihrer Ratspräsidentschaft wollen die Niederlande in den Bereichen »blaues Wachstum« und Ernährungssicherheit Fortschritte erzielen.

Abschließend werden voraussichtlich die vom Europäischen Rechnungshof und von der Europäischen Kommission vorgenommenen Evaluierungen der europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der **Forstwirtschaft und der Bekämpfung des Handels mit illegal geschlagenem Holz** auf der Tagesordnung stehen. Die niederländische Ratspräsidentschaft ist bestrebt, auf dieser Grundlage einen effektiveren und kohärenten Ansatz zu entwickeln, der auch dem Kampf gegen die Entwaldung neue Impulse verleiht.

Umwelt

Die niederländische Präsidentschaft will gewährleisten, dass in verschiedenen Politikfeldern getroffene Maßnahmen einander weitestmöglich verstärken und dass wirtschaftliche Zielsetzungen und die verantwortungsvolle Nutzung von Rohstoffen und Energieträgern in einem *zukunftssicheren Modell für nachhaltiges Wachstum* zusammengeführt werden. Den angekündigten Kommissionsvorschlag »Nächste Schritte für eine nachhaltige Zukunft Europas«, mit dem wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit auch in der Zeit nach 2020 gewährleistet werden sollen, betrachten die Niederlande als eine wichtige Initiative. Als Ratspräsidentschaft werden sie unter anderem den Rat für Umwelt dafür nutzen, Denkanstöße auf europäischer Ebene zu liefern, auch im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Das auf der **UN-Klimaschutzkonferenz (COP21)** beschlossene **Pariser Abkommen** und seine weitere Ausgestaltung werden während der niederländischen Ratspräsidentschaft im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Der Europäische Rat beabsichtigt, die Ergebnisse von Paris und die Umsetzung des europäischen Klima- und Energiepakets 2030 im März eingehender zu erörtern; der Umweltrat wird diese Beratungen vorbereiten.

Zugleich wird seit Juli 2015 über den Kommissionsvorschlag zur Reformierung des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) verhandelt. Im zweiten Quartal 2016 werden außerdem Kommissionsvorschläge zu den nationalen Zielvorgaben für die weitere Reduktion der **CO_2-Emissionen in Sektoren, die nicht vom EU-EHS erfasst sind** (Lastenteilungsentscheidung) erwartet.
Die niederländische Ratspräsidentschaft macht sich für konkrete Fortschritte in diesen Verhandlungen stark mit dem Ziel, den europäischen Beitrag zur globalen Klimaschutzstrategie – bis 2030 eine Absenkung von mindestens 40 % gegenüber 1990 – in der europäischen Politik und in den EU-Vorschriften zu implementieren.

Beim Thema Kreislaufwirtschaft geht es um den sparsamen Umgang mit Rohstoffen, die Wiederverwendung von Materialien und die Nutzung von Abfällen als Ressource. Die Kreislaufwirtschaft bietet Möglichkeiten für die Realisierung wirtschaftlichen Wachstums ohne Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, ohne ausgeprägte Abhängigkeit von Primärrohstoffen und ohne die Anhäufung enormer Abfallmengen. Ein EU-weites Konzept für den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft eröffnet Chancen für die europäische Wettbewerbsposition, neue Innovationsmöglichkeiten und ein signifikantes Wachstums- und Beschäftigungspotential. Die niederländische Ratspräsidentschaft wird das neue **Paket zur Kreislaufwirtschaft** auf die Tagesordnung des Rats für Umwelt setzen.

Die Ratspräsidentschaft wird sich im Rahmen der Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung auch im Umweltbereich für eine Verbesserung und Vereinfachung der EU-Vorschriften einsetzen, insbesondere über die Förderung der niederländisch-britisch-deutschen Initiative »Make it Work«, in deren Rahmen eine Koalition von Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission nach Wegen zu besser durchführbaren, konsistenteren und **zukunftssicheren EU-Umweltvorschriften** sucht. So wird zusammen mit der Kommission unter anderem an einer Modernisierung der Berichterstattungspflichten gearbeitet. Zu diesem Zweck kündigt die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm an, 2016 eine Mitteilung vorzulegen, in der die Strategie und die Zielsetzungen für die Überwachungs- und Berichterstattungspflichten in den Umweltvorschriften dargelegt werden, und einen Fitness-Check für die Gesamtheit der Berichterstattungspflichten in den EU-Umweltvorschriften durchzuführen.
Bei der Ausgestaltung von »Make it Work« werden die Niederlande die Aufmerksamkeit auch auf andere

Steuerungsmöglichkeiten lenken, wie es auch beim niederländischen Green-Deal-Konzept geschehen ist.

Die Niederlande sind bestrebt, die laufenden Angelegenheiten voranzubringen, etwa die NEC-Richtlinie (nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe), sowie neue Aufgaben anzugehen, beispielsweise den Fitness-Check der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie und die Vorbereitung der Versammlung der UN-Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), die sich nach dem Sommer 2016 mit einem globalen Emissionshandelssystem für die Luftfahrt befassen wird.

Am 14. und 15. April 2016 findet der kombinierte informelle Rat der Umwelt- und Verkehrsminister statt. Dieser Rat wird im Zeichen des Themas technische und politische Innovationen für **nachhaltige und intelligente Mobilitätslösungen** stehen. Neben einem gemeinsamen Teil werden die Umwelt- und die Verkehrsminister auch gesondert zusammenkommen. Bei den Gesprächen der Umweltminister steht die Frage im Mittelpunkt, wie Innovationen gefördert werden können, die erforderlich sind, um den CO_2-Ausstoß in der EU bis 2050 um 60 % zu reduzieren. Die Ergebnisse dieser Gespräche können dazu beitragen, den Übergang zu einem emissionsfreien Straßenverkehr, die Formulierung von CO_2-Normen für Kraftfahrzeuge für die Zeit nach 2020 und die Post-2020-Politik in Bezug auf (Bio-)Kraftstoffe voranzubringen.

Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die niederländische Ratspräsidentschaft wird im Bereich Bildung an die Strategische Agenda anknüpfen, bei der die Entwicklung von Wissen und Kompetenzen sowie die Einsetzbarkeit der Erwerbsbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt Priorität haben. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Modernisierung der beruflichen Bildung und des Hochschulwesens.

Die Europäische Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm 2016 eine **Agenda für neue Kompetenzen** angekündigt; sie wird im Rat besprochen werden. Diese Agenda soll Investitionen in die Ausbildung der Bürger fördern und die Bürger besser auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft vorbereiten. Die niederländische Ratspräsidentschaft wird auch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen auf die Tagesordnung setzen, denn die Anerkennung wäre ein Impuls für die berufliche und die Hochschulbildung, und sie würde dazu beitragen, dass das Potential der digitalen Arbeitswelt umfassend genutzt wird.

In den Bereichen Kultur, Medien und Kreativwirtschaft wird der Fokus der niederländischen Ratspräsidentschaft auf einer Debatte und auf den Schlussfolgerungen im Rat zu den für das **digitale Erbe** erforderlichen Infrastrukturen und Plattformen (wie die virtuelle Bibliothek »Europeana« mit ihren digitalen Sammlungen kultureller und wissenschaftlicher Institutionen in Europa) liegen.

Die Niederlande begrüßen die Ankündigung der Kommission, 2016 im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt einen Vorschlag zur **Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste** vorzulegen, und sie werden sich dafür einsetzen, die Debatte voranzubringen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Förderung des Vertriebs europäischer audiovisueller Produktionen.

Darüber hinaus will die niederländische Ratspräsidentschaft die Diskussion darüber fördern, welchen Beitrag das Bildungswesen zur **Integration von Migranten** leisten kann und welche Rolle die Bildung und die Jugendarbeit bei der **Bekämpfung der Radikalisierung von Jugendlichen** spielen kann. Als Grundlage hierfür dienen die Schlussfolgerungen der luxemburgischen Ratspräsidentschaft, aktuelle Entwicklungen und eventuelle Initiativen der Kommission. Eine Debatte über den Beitrag der Jugendarbeit knüpft an die Prioritäten der Kommission an, die auf die gesellschaftliche Inklusion und Partizipation junger Menschen ausgerichtet sind. Außerdem soll das Thema gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit leichten psychischen Problemen behandelt werden. Es ist wichtig, dieses Thema fachübergreifend anzugehen und außer den üblichen Akteuren auch Vertreter aus dem Gesundheitswesen miteinzubeziehen.

Auf der Grundlage des EU-Arbeitsplans für den Sport 2014–2017 wird die niederländische Ratspräsidentschaft die **Integrität des Sports** thematisieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Vorbereitung und Organisation internationaler Sportgroßveranstaltungen und insbesondere die Frage, wie sich positive gesellschaftliche und wirtschaftliche sowie nachhaltige Resultate erzielen lassen, die auf Akzeptanz in der Gesellschaft zählen können. Es wird eng mit dem Sportsektor zusammengearbeitet werden.

EUNL2016
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
Postbus 20061
2500 EB Den Haag
Niederlande
+31 (0)70 348 64 86

eu2016.nl